

Der Briefetal-Bote erscheint  
Dienstag, Donnerstag, Sonn-  
abend und Sonntag. Der Be-  
zugspreis beträgt monatlich  
1,10 RM, zuzüglich Post-  
gebühren. Die einzelne Nummer  
kostet 10 Pf.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-  
schäftsstelle Birkenwerder  
Bahnhofsallee 5, angenommen.  
Die zwölfspealtene Millimeter-  
zeile kostet 3 Pf., die  
dreizehnpalt. Leitzungszeile, Milli-  
meterzeile 25 Pf.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen  
Neuendorf, Borgsdorf,  
Briesa, Lehntz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ  
Frohnau, Summt  
und Umgegend

Bereinigt mit Bergfelder Zeitung, Lehnitzer Zeitung, Hohen Neuendorfer Zeitung

Kr. 165

Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005

Samstag, den 18. Oktober 1936

Postfachkonto: Berlin 8641g

35. Jahr

### „eine europäische Tat“

Ein österreichischer Bischof würdigt den Kampf des  
Nationalsozialismus gegen die rote Weltgefahr.

Eine Wiener Presskorrespondenz, „Gehingers Zei-  
tungsdienst“, veröffentlicht einen Aufsatz des als Rektor  
der Nationalstiftung Anima in Rom amtierenden öster-  
reichischen Bischofs Dr. Alois Hudal, in dem der Kampf  
des Nationalsozialismus gegen die rote Weltgefahr be-  
handelt wird. „Der Bolschewismus“, so führte Bischof  
Dr. Hudal aus, „ist nicht eine zufällig vorübergehende  
Erscheinung, sondern eine Seelenhaltung, in der ein  
stark nihilistischer Zug des von allen religiösen Bindun-  
gen losgelassenen delatenden Judentums eine bedeutende  
Rolle spielt. Der Gegenkampf kann deshalb auch nie-  
mals rein organisiatorisch gewonnen werden, weil er eine  
weltanschauliche Krise ist, sondern muß auf geistiger,  
weltanschaulicher Grundlage geführt werden.“

Wer mit Aufmerksamkeit die geistige Entwicklung  
Während der letzten Jahrzehnte beobachtet, wird über-  
aus bald sehen, daß die letzten Ursachen der „wissent-  
lichen“ Zersetzung nicht bloß in Aufstand zu suchen sind, son-  
dern daß wir es vielmehr mit einem Einbruch westlicher  
europäischer Delatenz in der russischen Seele zu tun ha-  
ben, die durch ungeheure soziale, religiöse und staatspoli-  
tische Verhältnisse für eine solche Krise bereits vorbereitet  
war.

Niemand leugnet, daß in Rußland innerpolitische  
Umwandlungen sich vollziehen im Sinne eines Erwachsens  
der früheren großen nationalen Vergangenheit des Rei-  
ches. Allein, dieser Vorgang ist so lange eine Täuschung  
Europas oder eine Unmöglichkeit, als Millionen Menschen  
von einer handvoll fremder Religionsbesser beherzigt  
und in ihrer futurellen Freiheit niedergetrampelt werden.

Daß Deutschland bis jetzt nicht die revolutionäre  
Recht Rußlands für Europa geworden ist, wird das ge-  
schichtliche Verdienst des Nationalsozialismus bleiben,  
den ersten Vorstoß für die Weltanschauung Moskaus  
niemals etwas übrig hatten. Die Lösung des Nürnber-  
ger Parteitag war für Anhänger und Gegner der Be-  
wegung, wie immer sich der einzelne zum Programm stel-  
len mag, mehr als der Ausschrei einer Nation gegen die  
weltliche Umflammerungs- und Fokierungspolitik der  
letzten Jahre, es war eine europäische Tat, die Rückfüh-  
rung des Volkes auf die von Gott selbst gegebenen Werte:  
Gott, Boden, Heimat und Vaterland, in denen eine  
gewaltige Dynamik gegen den Einbruch fremder Welten  
erregt ist. Die nationalsozialistische Partei hat auf ihre  
Reihen den Kampf gegen den Bolschewismus ge-  
führt.“

Der Bischof kennzeichnet dann einen der Unterschiede  
zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus, indem  
er anführt: „Während der Bolschewismus wesentlich  
antireligiös ist, ja die zur Religion erbobene Brutalität  
beseitigt und den Begriff der Familie unterdrückt, will  
der Nationalsozialismus auf religiösen Boden bleiben,  
auch wenn der Begriff der Religion nicht ganz im Sinne  
der Überlieferung genommen wird, sondern sämtliche  
geistigen und religiösen Inhalte mehr nach politischen Ge-  
sichtspunkten geordnet werden.“

Die Sendung des deutschen Volkes in Europa ist  
gerade in der Gegenwart für diesen ganzen Konti-  
nent entscheidend.

und diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn jene  
alten Tugenden, die jahrhundertlang in engler geschicht-  
licher Entwicklung verbunden waren, ganz eines Herzens  
sind, auch in der Bekämpfung jener Elemente, die heute  
Europas Führerschaft bedrohen.

Wir nehmen mit aller Entschiedenheit die Auffassung  
an, daß Nationalsozialismus und Bolschewismus eher zu einer  
Normalisierung kommen könnten als Vatikan und Reich,  
daß Rußland ein geeigneter Vertragspartner für  
Deutschland ist, das seiner räumlichen Entfernung wegen  
eine unmittelbare weltanschauliche Einflusnahme nicht so  
leicht erlangen lasse.

Zug aller Bemühungen der kommunistischen Kreise,  
nationalistische Idealen oder Utopien durch Versprechungen  
zu locken, gibt es hier kein Kompromiß und keine  
Verhandlungsmöglichkeit, sondern nur einen starken he-  
rdenhaftigen Kampf bis zur Vernichtung.“

Der Bischof schließt u. a.: „Für die Deutschen muß  
jede jene arde Linie mit eiserner Festigkeit geschaffen

werden, die Rosenbergs, der gegenwärtige weltanschauliche  
Leiter der Bewegung, in seinem Werke „Verbrechen oder  
Freimaurerei“, das vor der Nachtübernahme erschien, in  
klarer Weise vorgezeichnet hat und das kein Katholik oder  
christgläubiger Protestant besser aussprechen oder wün-  
schen könnte. Deutsche Kraft muß in den nächsten Jahren  
notwendig mehr auf sozialem Gebiet tätig sein, was aber  
unbedingt auch eine innere Erneuerung fordert, um dann  
die Sehnsucht vergangener Zeiten vollenden zu können:  
eine kraftvolle Nationalkultur, erwachsen aus einem kraft-  
vollen Christentum.“



Reichsminister Dr. Goebbels

Das Volk dem Buche — das Buch dem Volke!  
Reichsminister Dr. Goebbels erläßt zur Woche des Deut-  
schen Buches 1936 einen Aufruf, der sich unter dem Leit-  
spruch „das Volk dem Buche, das Buch dem Volke“ an  
alle deutschen Volksgenossen wendet. Die Woche des Deut-  
schen Buches findet vom 25. Oktober bis zum 1. Novem-  
ber statt.

### Schärfster Kampf gegen Preistreiber

Erlaß des Reichsjustizministers an die Strafverfolgungs-  
behörden

Reichsminister der Justiz Dr. G ü r t n e r hat an die  
Strafverfolgungsbehörden folgenden Erlaß gerichtet: Auf  
dem Parteitag der Ehre hat der Führer, als er das weit-  
gesteckte Arbeitsziel des zweiten Vierjahresplanes wies,  
jedem Deutschen erneut ins Herz gebämmert, daß alle  
Arbeit nur dann Erfolg haben kann, wenn vor dem Ich  
des einzelnen das Wir der deutschen Volksgenossen steht.  
Ebenso hat der Stellvertreter des Führers unlängst in  
Sof erklärt, daß der Nationalsozialismus gegen jeden, der  
auf Kosten der Gesamtheit mit dem Lebensnotwendigsten  
Buchen treiben zu können glaube, mit drakonischen Maß-  
nahmen vorgehen werde.

Jedem Saboteur der nationalsozialistischen Grund-  
forderung „Gemeinnut vor Eigennut“ muß daher das  
Handwerk gelegt werden. Einen solchen Saboteur stellte  
der Polizeipräsident von Berlin kürzlich an den Pranger  
und warnte andere, die etwa zu gleichem Verrat an der  
Volksgemeinschaft bereit sein sollten.

Die Rechtspflege hat an der Seite der Polizei ener-  
gisch an der Bekämpfung und Vernichtung von Wucher-  
tum mitzuarbeiten. Gegen jeden solchen Schädling muß  
schleunigst, rücksichtslos und hart eingeschritten werden.

Daher bringe ich heute die Allgemeine Verfügung  
vom 13. April 1935 (Richtlinien für das Strafverfahren)  
in Erinnerung, in der unter Nr. 439 bestimmt wurde:

„In einer Zeit, in der alle Volksgenossen Opfer  
bringen sollen, um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit  
und im Winter gegen Hunger und Kälte erfolgreich durchzuführen  
zu können, und in der gerade die werktätige Bevölkerung

ihre Opferbereitschaft am deutlichsten beweist, muß es als  
besonders schwerwiegender Verstoß gegen den Geist der  
Volksgemeinschaft bezeichnet werden, wenn einzelne ge-  
wissenslose Personen durch unbedingte Preistreibungen und  
ähnliche Machenschaften ihren eigenen Vorteil über  
das allgemeine Volkswohl stellen und das Werk des Füh-  
rers dadurch gefährden.“

Für die Strafverfolgungsbehörden erwächst daraus  
die unbedingte Pflicht, gegen Preistreibungen und ähn-  
liche Machenschaften, die durch Gesetz und Verordnung un-  
ter Strafe gestellt sind, in enger Zusammenarbeit mit den  
Verwaltungsbehörden unverzüglich und mit allem Nach-  
druck einzuschreiten und Strafen zu beantragen, die der  
besonderen Gemeinsschädlichkeit derartiger Verfehlungen  
Rechnung tragen.“

In den Strafverfahren wegen Preistreiberei, die  
wegen der Höhe des Gewinns, der Person des Beschul-  
digten, der Erregung der Bevölkerung oder aus ähnlichen  
Gründen von besonderer Bedeutung sind, sind je zwei Au-  
schüssen der Anklage und des Urteils dem Reichsjustiz-  
ministerium mitzuteilen.

Sich unrechtmäßig auf Kosten anderer bereichern, ist  
ein Verstoß gegen Gesetz und Gemeinschaft. Sich in dem  
Angebot durch Preistreiberei bereichern, in dem ein  
ganzes Volk vom Führer und seinen Beauftragten zu spar-  
samster Verwertung aller im Lande vorhandenen Lebens-  
mittel und Rohstoffe sowie zu williger Umstellung auf die  
Erzeugnisse, die zur Genüge vorhanden sind, auch wenn sie  
einmal nicht ganz dem eigenen Geschmack entsprechen, auf-  
gerufen wurde, ist ein Verbrechen an der Gemeinschaft des  
deutschen Volkes. Der Preistreiber stellt seinen eigenen  
Vorteil über das Allgemeinwohl und widerlegt sich damit  
dem ersten Grundgesetz unseres Staates, daß Gemeinnut  
vor Eigennut zu geben hat. Er kann sich nicht nicht  
wundern, wenn er, der sich selbst außerhalb der Gemein-  
schaft stellte, in Zukunft auch durch Gesetzeskraft aus dem  
Leben in der Gemeinschaft ausschlösse wird

### Bon gestern bis heute

Abschlusstagung der Strafrechtskommission.

Staatssekretär Dr. Freisler teilt mit, daß die amtliche  
Strafrechtskommission unter dem Vorsitz des Reichsjustiz-  
ministers Dr. G ü r t n e r in den letzten Tagen des Oktober  
zu einer abschließenden Tagung zusammentrat, in der die  
Arbeiten an dem Entwurf des kommenden Strafgeset-  
zbuchs in zweiter Lesung beendet werden sollen. Der fertige  
entwurf wurde dann mit der inzwischen ebenfalls  
ausgearbeiteten Begründung in der für die Gesetzgebung  
vorgesehenen Weise weitergeleitet werden.

Die Erfassungspflicht in Polen.

Die bereits angekündigte Verordnung des polnischen  
Staatspräsidenten über die Einführung einer Arie Arbeits-  
dienst unter der Bezeichnung „Erfassungspflicht“ wird in  
den nächsten Tagen erwartet. „Erfassungspflicht“ sol-  
len alle Männer im Alter von 25 bis 33 Jahren während  
fünf Jahren jährlich je sechs Tage zu unentgeltlichen  
öffentlichen Arbeiten eingesetzt werden. Zum 1. Januar  
1937 werden die ersten fünf Jahrgänge (1912 bis 1916) zur  
Erfassungspflicht einberufen.

Wahrheit für London bei einer Probeabstimmung.

Die amerikanische Zeitschrift „Literary Digest“ hat im  
ganzen Lande eine Probeabstimmung für die Präsiden-  
tschaftswahlen veranstaltet. Bis Donnerstagabend sind aus  
sämtlichen 48 Bundesstaaten 1 811 489 Stimmen abge-  
geben worden. Davon erhielten: London 1 004 086 und  
Roosevelt 728 088 Stimmen. Und zwar hatte London in  
32, Roosevelt in 16 Staaten und den Großstädten New  
York, Philadelphia und Pittsburgh die Mehrheit.

Die blutigen Zusammenstöße in Bombay.

Im Laufe der schweren Zusammenstöße zwischen Hin-  
dus und Mohanmedanern in Bombay sah sich die Polizei  
gezwungen, an vier verschiedenen Stellen der Stadt gegen  
die Kämpfenden vorzugehen. Die Krankenhäuser müssen  
mit Hochdruck arbeiten, um die zahlreichen Verletzten  
schnell behandeln zu können. Die Gesamtzahl der Toten  
wird mit 14 angegeben, die der Verletzten mit 170. 100  
Personen wurden verhaftet.

Caballero Madrider Oberbefehlshaber

Das Madrider Kriegsministerium hat angeordnet,  
daß künftig Largo Caballero den Oberbefehl über alle  
Ereignisse innehat. Ferner wurde zur politischen und  
sozialen Kontrolle der Streitkräfte und als Bindeglied  
zwischen dem Heereskommando und den Kämpfenden ein  
Generalinspektor für das Kriegswesen geschaffen, des-  
sen Leitung Außenminister delgado übertragen wurde.